

schlimmer. In Arunachal Pradesh wurden im letzten Jahrzehnt über 55 Kirchen zerstört, wobei die staatlichen Behörden zumindest in einigen Fällen sogar die Gemeinden auffordern, ihre Gotteshäuser selbst abzureißen (Fides, 12. 9. 79).

Eine Lösung all dieser Fragen hängt nicht zuletzt aber auch davon ab, wie einzig sich die indische Kirche ist. Auf der Konferenz der CBCI im Oktober 1979 wurde beklagt, daß es auf zu vielen Gebieten zu viele verschiedene Meinungen gebe. So sieht man denn eine der Hauptaufgaben auch darin, die Glaubensbasis zu stärken, um im christlichen Geist zu neuer Stärke zu finden. Es soll der Säkularisierung des Lebens entgegengewirkt werden, u. a. durch eine vermehrte Erwachsenen Katechese. Diesem Ziel diene übrigens auch die Konferenz der Föderation asiatischer Bischofskonferenzen im November 1978 in Kalkutta mit dem Thema „Das christliche Gebet“ (vgl. HK, Februar 1979, 58f).

Indira Gandhi – das geringere Übel

Die weltweite Anerkennung des Werkes von Mutter Teresa durch die Verleihung des Nobelpreises hat der katholischen Kirche in Indien nicht nur neuen Auftrieb gegeben, sondern auch ihr Ansehen gegenüber dem Staat gestärkt.

Doch ist ungewiß, wieweit sich dies auf den politischen Alltag nach dem Regierungswechsel in Delhi auswirken wird. Traditionell steht die Kirche der Kongreß-Partei näher als etwa den religiösen Kräften der Janata-Partei. So ist es verständlich, daß sich weite katholische Kreise nur zögernd unter der Diktatur Frau Gandhis von ihr abwandten. Erst die Verletzungen der Menschenrechte und die Zwangssterilisierungen führten zu Protesten auf breiter Front. Frau Gandhi ihrerseits versuchte damals, sich das Wohlwollen der Kirche dadurch zu erhalten, daß sie auf das Mitspracherecht bei der Besetzung von Bistümern verzichtete (vgl. HK, April 1977, 213).

So könnte man erwarten, daß Indira Gandhi wieder einen weniger anti-christlichen Kurs steuert als ihre Janata-Vorgänger. Doch dürfte sich dies mehr in Nuancen ausdrücken, grundsätzliche Veränderungen sind nicht zu erwarten. Die katholische Kirche wird ihrerseits abwarten: falls die neue Regierung sich an die Verfassung hält, ist diese für die Kirche in jedem Fall das kleinere Übel. Indische katholische Publizisten (so z. B. *Aloysius Fonseca SJ* in: Orientierung, 15. 2. 80) lassen denn gelegentlich vorsichtigen Optimismus anklingen. Trotzdem birgt der Versuch, die Christen aus ihrem gesellschaftlichen Ghetto herauszuführen, noch Konfliktstoff. Einer dieser Prüfsteine könnte die Entwicklung im Nordosten Indiens sein.

Peter Drews

Kurzinformationen

Am 23./24. Juni veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Unternehmer in Zusammenarbeit mit UNIA-PAC, dem Weltverband Christlicher Unternehmer, eine Fachkonferenz über Kernenergie. Die im Großen Sitzungssaal der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München abgehaltene Tagung stand unter dem Motto „Energieversorgung der Welt – Das christliche Gewissen vor einer Lebensfrage.“ Auf ihr wurden trotz zeitlicher Beengung – es standen nur knappe anderthalb Tage zur Verfügung – sowohl personell wie thematisch weitgehend in alle Bereiche ausgegriffen, die mit dem Kernenergie-thema irgendwie zu tun haben. Vertretern der Kernenergie-wirtschaft und der Elektrizitätswerke standen entschiedene Gegner eines Ausbaus der Kernenergie gegenüber – einen ganz entschiedenen mit klingendem Namen – den Münchner Philosophen *Robert Spaemann* hatte man unter die Referenten geladen, unter denen sich auch mehrere Vertreter aus Ländern der Dritten Welt fanden. Zugleich suchte man das Gespräch mit der Theologie bzw. war bestrebt, diese als vermittelndes und zugleich klärendes Element mit einzubeziehen, wobei man eigentlich weniger nach der Fachtheologie suchte, als vielmehr die kirchliche Hierarchie als besonders öffentlich beglaubigte Instanz für sittliche Urteilskraft angesichts eines weniger technisch als politisch schwierigen Fragenkreises zu gewinnen suchte. Alles in allem ergab das mit beachtlichem Rahmen eine Konferenz auf hohem Niveau, auf der es durchaus zu einer wenigstens teilweise direkten Auseinandersetzung zwischen Kernenergiefachleuten und ent-

schiedenen Kernkraftgegnern kam. Sie spiegelte insoweit genau die gegenwärtige öffentliche Diskussion wider: für den weichen Weg mit Ausweichen auf Ersatzenergien und Energiesparen die einen, die anderen mit dem Hinweis, auch die weichen Energien würden hart, sobald Anlagen dafür in größerer Zahl und als Großanlagen gebaut würden, für einen gezielten Ausbau bei nicht zu spätem Übergang zur Serienproduktion von Schnellen Brütern. Dies wurde gestützt mit dem Argument, daß angesichts der wachsenden Bevölkerungszahl eine Wirtschafts- und Sozialleben einschneidend tangierende Energielücke ohne Ausbau der Kernenergie unvermeidlich würde, die Technik aber genügend Mittel habe oder noch in die Hand bekomme, um die Folgerisiken zu bewältigen. Der Ertrag der Konferenz litt etwas darunter, daß selbst hochkarätige Fachleute wie Prof. *Rudolf Schulten* (Jülich) und Prof. *Wolf Häfele* (Laxenburg) trotz entsprechend nachdrücklich gestellter Fragen wenig auf die eigentliche Risikothematik eingingen, sondern die Diskussion mit den Kernkraftgegnern über weite Strecken darüber geführt wurde, was denn nun wirtschaftlicher sei, die Kernenergie oder der Weg über den „weichen“ Ersatz. Der Vertreter der Ethik, *Robert Spaemann*, referierte zur allgemeinen Unzufriedenheit stark deontologisch grundiert etwas über die Köpfe hinweg. Ihm kam es wohl auch weniger darauf an, unmittelbar einen Beitrag zur Lösung der Kernenergie als Gewissensfrage der gegenwärtigen Generation zu leisten, sondern mit den Kernkraftgegnern unter Hinweis auf für die nächsten Generationen nicht eingehbare Risiken, die Dis-

kussion politisch offenzuhalten. Die Vertreter der Kirche – Kardinal *König* und Landesbischof *Lohse* waren ursprünglich eingeladen, es kamen statt ihrer Bischof *Hemmerle* (Aachen) und Prälät *Binder* (Bonn) – trugen ihre Begriffserklärungen (*Hemmerle*) oder ihre lutherisch-sympathischen Bekenntnisse vor und vermieden es sorgfältig, sich von der einen oder anderen Seite vereinnahmen zu lassen. Konnte die Diskussion selbst wenig neue Argumente erbringen, so war doch das Klima angenehmer, als man es sonst bei Debatten über den gleichen Gegenstand kennt. Selbst der unverwüsthliche *Carl Amery* attestierte den Veranstalter *Noblesse* und Dialogwillen.

An ihrer ordentlichen Sommerkonferenz vom 30. Juni bis 2. Juli widmete die Schweizer Bischofskonferenz einen ganzen Tag der Begegnung mit ihrer Theologischen Kommission, der nicht nur Theologiedozenten aller Disziplinen, sondern auch praktische Seelsorger angehören. Im Blick auf das Gesprächsthema „das Lehramt und die Theologen“ wurden dazu zusätzliche Vertreter der Theologischen Hochschule Chur, der Theologischen Fakultät Luzern und der Theologischen Fakultät der Universität Freiburg eingeladen, so daß man schließlich von einem Treffen von Bischöfen und Theologen reden konnte. Eingeleitet wurde das Gespräch zur Sache mit drei Referaten: Prof. *Dietrich Wiederkehr* (Luzern) ging das Thema vornehmlich phänomenologisch an, Prof. *Jean-Hervé Nicolas* (Freiburg) bedachte die Natur der Beziehungen zwischen Theologie und Lehramt und Bischof *Pierre Mamie* (in der Bischofskonferenz verantwortlich für den Arbeitsbereich Glaubensfragen) sprach von seinen Erfahrungen als Bischof und trug theologische Grundsatzüberlegungen vor. Die in den einleitenden Referaten aufgeworfenen Fragen wurden zunächst in Gruppen besprochen, deren Ergebnisse dann in einer Plenumsdiskussion zusammengetragen wurden. Dabei konnten einige grundlegende Fragen angesprochen werden: Einheit und Pluralismus in der Theologie; Freiheitsraum und Beschränkung; sachliches Gespräch und Druck der Öffentlichkeit; geoffenbarte Wahrheit und deren Interpretationen durch die Sprache. Bischöfe und Theologen, so hieß es, seien sich darin einig gewesen, „daß sie das angefangene Gespräch miteinander nicht mehr abrechnen lassen wollen“. Über die amtliche Pressemitteilung hinaus wurden an der im Anschluß an die Tagung der Bischöfe durchgeführten Pressekonferenz einige weitere Einzelheiten bekannt. Danach wurden auf dem Treffen vor allem zwei Hauptpunkte in den Vordergrund gerückt: das geltende Lehrbeanstandungsverfahren und die Freiheit der theologischen Forschung. Auch wenn das Verfahren verbessert werden könne und müsse, so erklärte Bischof *Mamie*, sei doch zu bedauern, daß selbst von der kirchlichen Öffentlichkeit zu wenig zur Kenntnis genommen worden sei, was im Fall *Hans Küng* lehrmäßig auf dem Spiel stehe. Bei der Frage nach der Freiheit der Forschung gebe es unterschiedliche Gesichtspunkte. Ausgehen würden die Bischöfe wie die Theologen allerdings vom gleichen Grundsatz, nämlich der unbedingten Notwendigkeit der theologischen Forschung. Die Theologen möchten den dafür erforderlichen Freiheitsraum möglichst erweitern, die Bischöfe hingegen aus pastoralen Gründen auf ein gewisses Maß begrenzen; dabei dürften die Grenzen allerdings auch nicht so eng gezogen werden, daß, wie bei den Anhängern des Erzbischof *Lefebvre*, die grundlegenden Aufgaben der Theologie gar nicht mehr wahrgenommen würden. Die ökumenischen Aspekte des Falles *Küng* sind laut Bischof *Mamie* im Gespräch zwischen den Bischöfen und den Theologen nicht besprochen worden; sie würden aber im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen der Schweiz eingehend erörtert und dürften auch an der

für diesen Herbst vorgesehenen Ökumenischen Konsultation christlicher Kirchen der Schweiz zur Sprache kommen. – In den Beratungen der Bischofskonferenz nahm auch die Frage einer *Neueinteilung der Bistümer* in der Schweiz einen besonders breiten Raum ein. Die Bischöfe nahmen den Bericht einer Expertenkommission mit den dort erarbeiteten Vorschlägen zur Kenntnis. Sie diskutierten verschiedene Alternativen und beschlossen, den vorliegenden Bericht den zuständigen (staatlichen) Behörden zur Vernehmlassung zu unterbreiten, um ihn dann auch der Öffentlichkeit vorstellen zu können.

Bei einer Audienz für die Mitarbeiter der Kurie anlässlich des Festes Peter und Paul am 28. Juni hat Johannes Paul II. in der bisher längsten Rede seines Pontifikats einen Rückblick auf den Weg der Kirche im vorausgegangenen Jahr unternommen. Der Papst ging dabei von der *Verwirklichung des Zweiten Vatikanums* als Grundaufgabe der Kirche aus, die gegenwärtig vor allem eine „Kirche in der Welt von heute“ sein wolle. Das Konzil habe aufgewiesen, daß der Petrusdienst seine Primatsfunktion in einem „starken Rahmen der Kollegialität“ ausübe. Als Erfahrungsfelder der Kollegialität nannte der Papst die Bischofssynode, die letztjährige Vollversammlung der Kardinäle, die beiden Sondersynoden, die Ad-Limina-Besuche und die Begegnungen mit den Bischöfen während seiner Reisen. Er wies auch auf die besondere Aufgabe der Kurie im Zusammenspiel von Primat und Kollegialität hin. Durch seine *Reisen* – so Johannes Paul II. – wolle er der Verkündigung des Evangeliums dienen und die Bedeutung der einzelnen Ortskirchen für die Gesamtkirche unterstreichen. Es seien Reisen des Glaubens, des Gebets und der Katechese sowie der universalen Brüderlichkeit: „In diesen Begegnungen der Seelen, auch in den ungeheuren Menschenmassen wird das Charisma des gegenwärtigen Petrusdienstes auf den Straßen der Welt deutlich.“ Unter den verschiedenen Wegen der Verwirklichung des Konzils sei die Reisetätigkeit des Papstes von *besonderer Bedeutung*. Mit dem Hinweis auf seine Begegnungen mit Vertretern anderer Religionen und seine Botschaften an UNO und UNESCO betonte Johannes Paul II., der Papst trage das Bewußtsein der universalen Brüderlichkeit aller Menschen auf seinen Reisen mit sich. Das Streben nach der Einheit der Christen sei eine *vorrangige Aufgabe* der Kirche, die im Willen Gottes begründet sei. Der Papst erwähnte an erster Stelle die Bemühungen um die Wiederherstellung der vollen Einheit mit der Orthodoxie, ging dann auf die verschiedenen Dialoge mit den reformatorischen Kirchen und dem Weltrat der Kirchen ein und hob die „Bedeutung dieses multilateralen Dialogs und seiner Ergebnisse“ hervor. Die Einheit der Christen könne nicht durch einen „Kompromiß“ erreicht werden, sondern durch die Begegnung in der Fülle der christlichen Wahrheit. Die Treue der Kirche zu Christus und damit zu ihrer eigenen Identität verlange *Treue zur Lehre*: Es gehe nicht an, Teile der Lehre und Disziplin der Kirche in Frage zu stellen. Es sei, so der Papst, Aufgabe der Bischöfe, über die Reinheit der Lehre zu wachen und dabei eng mit der Kurie zusammenzuarbeiten. Dabei erwähnte er als positives Beispiel das Verhalten der deutschen Bischöfe. Die Theologen erinnerte der Papst an ihre große Verantwortung und die Grenzen ihrer Forschung an der wahren Lehre der Kirche. Er wies auf die große Bedeutung des Dialogs der Kirche mit der Kultur hin und ging auf verschiedene Gruppen in der Kirche ein: Neben den Ordensleuten, den Seminaristen und der Jugend galt den Familien ein eigenes Wort: Die Familie sei gegenwärtig von vielen Gefahren, von „Todeskeimen“ wie der Permissivität, der Scheidung, der Freigabe empfängnisverhütender Mittel und der Abtreibung bedroht. Der Papst

warte mit Hinweis auf sein Gründonnerstagschreiben vor willkürlichem Experimentieren und mahnte zur Einhaltung der liturgischen Normen. Aus der Hinwendung der Kirche zu Christus erwache die Notwendigkeit einer „ständigen Erneuerung in besonderer Einheit mit Maria, der Mutter der Kirche und Mutter Christi“.

Johannes Paul II. hat am 27. Juni vier hohe Kurienämter neu besetzt. Als Nachfolger von Kardinal Paul Philippe wurde der 62jährige polnische Kardinal *Wladyslaw Rubin* zum neuen Präfekten der Kongregation für die orientalischen Kirchen ernannt. Rubin, früher einmal Seelsorger der polnischen Gemeinde in Beirut und seit 1959 Rektor des polnischen Kollegs in Rom, war von 1967 an Generalsekretär der Bischofssynode. Von Johannes Paul II. war er beim Konsistorium im Mai 1979 zum Kardinal erhoben worden. Neuer Präfekt der Kongregation für die Heiligsprechungsprozesse wurde der italienische Kurienkardinal *Pietro Palazzini*, ein 68jähriger als konservativ bekannter Moraltheologe, der von Paul VI. im März 1973 zum Kardinal kreiert worden war. Er folgt in seinem neuen Amt Kardinal Corrado Bafile, dem früheren Apostolischen Nuntius in der Bundesrepublik, nach. An die Spitze zweier Sekretariate berief Johannes Paul II. zwei Bischöfe, die noch nicht Kardinäle sind und deshalb den Titel eines Pro-Präsidenten tragen: Den Pariser Weihbischof *Paul Poupard* als neuen Leiter des Sekretariats für die Nichtglaubenden (er folgt dem Wiener Erzbischof Kardinal Franz König nach) und den belgischen Erzbischof *Jean Jadot* als Leiter des Sekretariats für die Nichtchristen. (Sein Vorgänger war der kürzlich verstorbene Kardinal Sergio Pignedoli.) Poupard, 1930 geboren, war von 1959–1971 am vatikanischen Staatssekretariat tätig und wurde dann zum Rektor des Pariser Institut Catholique ernannt. 1979 wurde er Weihbischof von Kardinal François Marty, als einer dessen möglicher Nachfolger er galt. Erzbischof Jean Jadot, 70jährig, war zunächst im diplomatischen Dienst des Vatikan in mehreren afrikanischen Ländern tätig, bevor er von Paul VI. 1973 zum Apostolischen Delegaten in den Vereinigten Staaten ernannt wurde. Seine Tätigkeit in den USA wurde von amerikanischer Seite anlässlich seines Abschieds mit sehr viel Lob bedacht. Ebenfalls am 27. Juni ernannte der Papst als Nachfolger für den unlängst zum Koadjutor des Straßburger Bischofs ernannten Jesuiten Roger Heckel den belgischen Pater *Jan Schotte* aus der Kongregation vom unbefleckten Herzen Mariens zum neuen Sekretär der päpstlichen Kommission *Iustitia et Pax*. Er war bisher im Staatssekretariat tätig.

Die katholische Kirche in Zaire schloß die Hundertjahrfeier der Missionierung des heute katholikenreichsten Landes Afrikas vom 21. bis 29. Juni mit einem Nationalen Eucharistischen Kongreß ab. Der Kongreß – das zeichnete die Abschluß-

feierlichkeiten besonders aus – wurde dabei weniger geprägt von großen liturgischen und anderen Massenveranstaltungen, sondern war von der Kirche des Landes größtenteils gezielt als *Arbeitskongreß* angelegt mit zahlreichen Fachreferaten und Diskussionen über die Lage der Kirche und ihrer Seelsorge, aber auch über die innere soziale kulturelle und wirtschaftliche Lage des Landes mit dem Schwerpunkt, was vor allem die Kirche zur *Zukunftsgestaltung des Landes* beizutragen habe. Die Kirche, die noch Mitte der siebziger Jahre chronisch Schwierigkeiten mit dem Regime des Staatspräsidenten *Mobutu Sese Seko* hatte und vorübergehend in ihrer öffentlichen Wirksamkeit beträchtlich eingeschränkt war (vorübergehende Vertreibung der Kirche aus den Schulen, Einschränkung der kirchlichen Versammlungsfreiheit), trat anlässlich des jetzigen Kongresses erstaunlich unbekümmert über das Echo beim politischen „Partner“, selbstbewußt und zugleich entschieden kooperationsbereit auf. Man nahm, die prekäre bis katastrophale Lage des Landes geißelnd, kaum ein Blatt vor den Mund und nahm nicht nur hohe Arbeitslosigkeit, noch weiter fortschreitende Verarmung breiter Bevölkerungskreise und den wirtschaftlich nachteiligen Einfluß der ausländischen Konzerne, die die Bodenschätze des Landes weitgehend ohne Rücksicht auf dessen wirtschaftliche Eigenbedürfnisse ausbeuten, sondern auch die Führungsschwäche der politischen Elite und die grassierende Korruption aufs Korn. Auch im Blick auf die *kirchliche Entwicklung* fielen recht kritische und zugleich mutige Worte. Die verschiedenen Redner bekannten sich fast übereinstimmend zu einer weiteren Afrikanisierung der Kirche, warnten aber zugleich vor dem Abgleiten der Authentizitätsdoktrin in eine Art Folklore, durch die die wirklichen Probleme des Landes nur verdeckt würden. Der Päpstliche Legat, Kardinal *Paul Zoungrana* von Uoagadougou (Oberwolta), forderte die Zairer auf, ein doppeltes Extrem zu vermeiden: sich aus Angst vor den Problemen der Gesellschaft, in den kirchlichen Binnenraum zurückzuziehen – er nannte das „Angelismus“ – oder die Glieder der Kirche weiter so zu behandeln, als seien sie Minderjährige – er nannte das „Filiationismus“. Für das zweite Jahrhundert der Kirche in Zaire nannte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Msgr. *Kaseba*, Bischof von Kademie-Kurungu, in seiner Schlußpredigt vor allem vier Ziele: eine *Haltung der Solidarität und des Teilens*, mit vorrangiger Sorge für die Armen und für die Verwirklichung von mehr sozialer Gerechtigkeit, eine Haltung, die die Wahrung und Weiterentwicklung der grundlegenden Werte afrikanischen Zusammenlebens einschließt; eine Evangelisation, die mehr *in die Tiefe* geht und zugleich aus der Kirche des Landes eine authentische afrikanische Kirche macht; ein verstärktes Bemühen um die *Integration der Missionare* – diese dürften in einer voll afrikanischen Kirche keine Fremdlinge sein; und schließlich eine kräftigere Förderung der *katholischen Laienaktivitäten* und vor allem stärkeres und gegenüber der Hierarchie unabhängigeres Engagement der Laien in Fragen weltlicher Verantwortung.

Bücher

KLAUS GOTTO / KONRAD REPGEN (Hrsg.), **Kirche, Katholiken und Nationalsozialismus.** Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz 1980. 155 S., 4,80 DM (Topos-Taschenbücher, Bd. 96).

Das Taschenbuch setzt in gewissem Sinne die 1976 in der glei-

chen Verlagsreihe erschienene Aufsatzsammlung „Katholische Kirche im Dritten Reich“ fort (dazu und zum allgemeinen Hintergrund siehe den Literaturbericht in HK, März 1980, S. 138–144). Die Beiträge des von *Klaus Gotto*, dem Leiter des Archivs für christlich-demokratische Politik, und von *Konrad*